27.01.2023

ANDREAS
MATTFELDT MdB
Verden-Osterholz

CDU

BERLIN AKTUELL

Liebe Freunde,

in der zweiten Sitzungswoche in Folge stand erneut der Konflikt zwischen der Ukraine und Russland und speziell die Lieferung von Kampfpanzern des Typ Leopard-1 im Fokus. Die Lieferung von diesen Panzern kam zuletzt immer wieder ins Stocken, sodass eine schnelle Entscheidung her muss. In einer Regierungsbefragung am Mittwoch hat sich Kanzler Scholz endlich dazu geäußert und eine Lieferung von 14 Panzern seitens des Bundes angekündigt. Des Weiteren hat die CDU/CSU Fraktion einen neuen Antrag zur Wahlrechtsreform gestellt und setzt sich dafür ein, dass vor allem die Bürgerstimme ihren bisherigen Wert behält und nicht, wie die Ampel es fordert, entwertet werden soll.
Unter anderem war am Sonntag, dem 22. Januar, der 60. Jahrestag des Elysee-Vertrags. Mit diesem Vertrag wurde die enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland besiegelt. Es wurde feierlich an die Unterzeichnung des Vertrags und an die Zusammenarbeit beider Länder erinnert. Auch im Fokus stand der neue Verteidigungsminister, Boris Pistorius, der das Amt von Christine Lambrecht übernommen hatte und viel Lob und Zuversicht erhalten hat. Mit meinem Büro habe ich, wie angekündigt, die Astronautennahrung von Matthias Maurer verkostet und wir waren positiv überrascht von dem Geschmack. Es gab eine Kartoffel-Creme-Suppe sowie ein Wildragout. Mehr zu diesen sowie weiteren Themen finden Sie wie gewohnt weiter unten.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

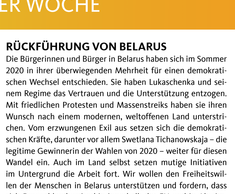
Herzliche Grüße
Ihr/Euer

Andreas Mattfeldt

FOTO DER WOCHE

VERKOSTUNG VON ASTRONAUTENNAHRUNG

Am Montag haben meine Mitarbeiter und ich Astronautennahrung verkostet, die uns der ESA-Astronaut Matthias Maurer zugesandt hat. Es gab Potato Cream Soup, sprich die Kartoffel-Creme-Suppe und Game Stew Ragout, also Wildragout. Die kleinen Dosen wurden vor dem Probieren kurz in der Mikrowelle warm gemacht. Die Potato Cream Soup roch anfangs z.B. noch etwas sehr sauer. Wir alle haben dann schließlich die Astronautennahrung probiert und waren positiv überrascht: Beide Sorten waren durchaus lecker. Das Fleisch des Ragouts war sehr zart und war somit auch für uns der Favorit der Verkostung. An der Nahrung scheitert es im Weltall also schonmal nicht. Außerdem hoffe ich, dass schon bald zwei deutsche Astronautinnen den Weltraum besuchen werden, die derzeit noch in ihrer Ausbildung sind.



THEMEN DER WOCHE

ÉLYSÉE-VERTRAG

Am 22. Januar 1963 haben Deutschland und Frankreich den Élysée-Vertrag gemeinsam unterzeichnet. Mit dieser Unterzeichnung wurde die Freundschaft bekräftigt und öffentlich gemacht. Die Vergangenheit beider Länder war durch politische und kriegerische Auseinandersetzungen geprägt und ein solcher Vertrag schien lange als unvorstellbar. Doch 1958 lud der französische Ministerpräsident Charles de Gaulle unseren damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer zu sich ein, um die deutsch-französischen Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher sowie kultureller Ebene wieder aufzunehmen. Die Versöhnungsmesse 1962 im französischen Reims machte die Freundschaft öffentlich, sodass am 22. Januar 1963 durch Charles de Gaulle und Konrad Adenauer der Élysée-Vertrag unterzeichnet wurde. Seitdem arbeiten beide Länder eng zusammen und stellt beide Gesellschaften z.B. durch den Ukraine Konflikt vor neuen Herausforderungen. Mich als Halbfranzose freut es sehr, dass dieser Vertrag weiterhin Bedeutsamkeit behält und am 60. Jahrestag an die deutsch-französische Freundschaft erinnert wird. Denn durch die aktuelle Situation wird die Zusammenarbeit notwendiger denn je.

U.S.-GESETZ ZUR INFLATIONSBEKÄMPFUNG

Das Anfang des Jahres in Kraft getretene US-Gesetz zur Inflationsbekämpfung (Inflation Reduction Act) sieht massive Subventionen in dreistelliger Milliardenhöhe für Investitionen in Klimaschutz, erneuerbare Energien und saubere Technologien in den USA vor. Einige Regelungen in dem Gesetz verknüpfen Vergünstigungen mit dem Erfordernis einer Produktherstellung in Nordamerika („Buy American"- oder „local content"-Anforderungen). Dies hat zu erheblichen Spannungen im transatlantischen Verhältnis geführt und in der EU Sorgen über die Zukunft des Investitionsstandorts Europa ausgelöst. In der EU werden Wettbewerbsverzerrungen und eine Verlagerung von Industrie nach Nordamerika befürchtet. Angesichts der aktuellen Herausforderungen und geopolitischen Umwälzungen brauchen wir eine starke transatlantische Partnerschaft mehr denn je.

Die monatelange Untätigkeit der Bundesregierung gefährdet den Wirtschaftsstandort Deutschland und Europa. Seit Monaten warten Wirtschaft und unsere europäischen Partner auf eine klare Position der Bundesregierung zum U.S.-Gesetz zur Inflationsbekämpfung. Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit Europas stärken. Dazu zählt ein nationales und europäisches Belastungsmoratorium, eine Vertiefung insbesondere der transatlantischen Handelsbeziehungen und das gezielte Anreizen von Innovation und Investitionen in Europa.

KAMPFPANZER-BLOCKADE

Um die Ukraine die Möglichkeit zu geben, sich weiter gegen die russische Aggression zu wehren und um sie in eine Verhandlungsposition der Stärke zu bringen, muss nun zügig eine Entscheidung über Kampfpanzer fallen.
Mit seinem Zögern und Zaudern gefährdet der Bundeskanzler ein direktes strategisches Interesse Deutschland. Der außenpolitische Reputationsschaden des letzten Jahres ist enorm. Die osteuropäischen und baltischen Alliierten zweifeln an unserer Verlässlichkeit. Die USA werden als „Feigenblatt" für Eskalationsängste im Kanzleramt vorgeschoben. Das deutsch-französische Verhältnis befindet sich auf einem Tiefpunkt. Die Koalitionspartner streiten. Die Lieferung von Leopard- Kampfpanzern muss nun schnell entschieden werden.

Es ist im direkten strategischen Interesse Deutschlands, dass die Ukraine sich gegen Russland behauptet. Sicherheit in Europa wird es auf absehbare Zeit nur geben können, wenn die politische und militärische Abwehr des russischen Großmachtstrebens gelingt. Daher muss nun der nächste Schritt zur Ertüchtigung der Ukraine erfolgen. Dies kann zunächst die Lieferung von Panzern des Typ Leopard-1 bedeuten oder aber auch eine pragmatische Exportgenehmigungspolitik bei lieferbereiten Alliierten sein. Dennoch zögert und zaudert der Bundeskanzler und gefährdet somit ein direktes strategisches Interesse Deutschlands. Der außenpolitische Reputationsschaden des letzten Jahres ist enorm. Die osteuropäischen und baltischen Alliierten zweifeln an unserer Verlässlichkeit. Die USA werden als „Feigenblatt" für Eskalationsängste im Kanzleramt vorgeschoben. Das deutsch-französische Verhältnis befindet sich auf einem Tiefpunkt. Die Koalitionspartner streiten. Die Lieferung von Leopard- Kampfpanzern muss nun schnell entschieden werden.

DIE BÜRGERSTIMME MUSS ZÄHLEN

Die Ampel hat bereits vergangene Woche einen Gesetzesentwurf zur Wahlrechtsreform übermittelt, in dem die Bürgerstimme, sprich die bisherige Erststimme, entwertet wird. Mit unseren Vorschlägen erhalten wir den Wert der Bürgerstimme und stellen sicher, dass jeder Wahlkreis und damit jeder Bürger weiterhin einen Wahlkreisabgeordneten in Berlin hat. Der Deutsche Bundestag würde dennoch deutlich verkleinert und auf rund 600 Mandate reduziert werden. Mit 270 Wahlkreisen und 320 Mandaten über die Listen der Parteien wäre der Bundestag nach unserem Vorschlag sogar noch unter der Zielgröße der Koalition. Aufgrund unserer Vorschläge würde die Zahl der Überhang- und Ausgleichsmandate nur so klein ausfallen, dass sie kaum ins Gewicht fallen.
Dieses Wahlrecht wären wir bereit in einem großen politischen Konsens schnell im Deutschen Bundestag zu beschließen.

ANERKENNUNG UNSERER WÄLDER

Die wertvollen ökologischen Leistungen unserer Wälder müssen wir anerkennen und ein entsprechendes Vergütungssystem für Waldbewirtschaftung schaffen. Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, die Leistungen des Ökosystems Wald – sowohl seine CO2-Senkenleistung wie auch die Substitutionsleistungen der nachhaltigen Holznutzung – besser anzuerkennen. Darauf aufbauend soll ein Honorierungssystem entwickelt werden, mit dem Waldbesitzer eine finanzielle Anerkennung für die vielfältigen Leistungen des Waldes erhalten. Abschließend wird die Bundesregierung aufgefordert, keine weiteren Extensivierungsmaßnahmen vorzunehmen. Sie soll sich EU-Ebene dafür einzusetzen, dass im Zuge der verschiedenen Strategien des Green Deals (wie Biodiversitätsstrategie bzw. EU- Waldstrategie für 2030) keine weiteren Flächen in den Wäldern stillgelegt werden, sondern für eine nachhaltige Bewirtschaftung erhalten bleiben.

RÜCKFÜHRUNG VON BELARUS

Die Bürgerinnen und Bürger in Belarus haben sich im Sommer 2020 in ihrer überwiegenden Mehrheit für einen demokratischen Wechsel entschieden. Sie haben Lukaschenka und seinem Regime das Vertrauen und die Unterstützung entzogen. Mit friedlichen Protesten und Massenstreiks haben sie ihren Wunsch nach einem modernen, weltoffenen Land unterstrichen. Vom erzwungenen Exil aus setzen sich die demokratischen Kräfte, darunter vor allem Swetlana Tichanowskaja – die legitime Gewinnerin der Wahlen von 2020 – weiter für diesen Wandel ein. Auch im Land selbst setzen mutige Initiativen im Untergrund die Arbeit fort. Wir wollen den Freiheitswillen der Menschen in Belarus unterstützen und fordern, dass sich Deutschland weiterhin innerhalb der EU und in Abstimmung mit engen Partnern für harte und gezielte Sanktionen gegen die gesamten belarussischen Sicherheits- und Geheimdienstapparat einsetzt.
Außerdem sollen den Opfern von Gewalt, Repression und Folter großzügige Unterstützung gewährt werden. Die Einreise für belarussische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die nachweislich politisch verfolgt sind, ist zu erleichtern. Die Unterstützung für die demokratischen Kräfte, insbesondere für das von Swetlana Tichanowskaja geleitete Übergangskabinett im Exil, für die belarussische Zivilgesellschaft und für freie Medien ist politisch und finanziell unvermindert fortzusetzen und auszubauen.

BEZIEHUNG ZU LATEINAMERIKA

Die EU und die vier Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay haben vor über 20 Jahren die Verhandlungen über ein gemeinsames Assoziierungsabkommen aufgenommen. Im Juni 2019 wurde eine politische Einigung über den Handelsteil des Abkommens erzielt. Mit dem Abkommen würde mit über 700 Millionen Einwohnern eine der größten Freihandelszonen der Welt entstehen. Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, sich mit Nachdruck für eine schnelle Ratifikation des EU-Mercosur-Assoziierungsabkommens einzusetzen. Ein solches Abkommen ermöglicht eine stärkere Diversifizierung und somit weniger Abhängigkeit von einzelnen Staaten.

BERUFLICHE BILDUNG

Der Fachkräftemangel wird in Deutschland ein zunehmend größeres Problem, welches wir bekämpfen müssen. Mit unserem Antrag wollen wir die berufliche Bildung stärken, indem strukturierte Berufsorientierung ermöglicht wird und gleichwertige Qualifikationen konsequent schergestellt werden. In diesem Antrag betonen wir die Bedeutung der beruflichen Ausbildung als einem Standbein des starken deutschen Mittelstandes. Um dem Fachkräftemangel zukünftig zu begegnen, muss die Attraktivität der beruflichen Bildung wie auch die optimale und effektive Zusammenführung von Ausbildungsplatzbewerbern und Ausbildungsbetrieben gestärkt werden. In diese Richtungen zielt der Antrag und setzt die Maßnahmen fort, die unter der CDU/CSU-geführten Bundesregierung bereits in der 18. und 19. Legislaturperiode begonnen worden.

KLIMANEUTRALITÄT BIS 2045

Deutschland hat sich verpflichtet, bis 2045 Klimaneutralität zu erreichen. Das hat die unionsgeführte Regierungskoalition mit der Verschärfung des 2019 verabschiedeten Klimaschutzgesetzes im Jahr 2021 beschlossen. Bereits bis 2030 sollen die CO2-Emissionen um 65 Prozent gegenüber 1990 sinken.
Die Entscheidungen der Bundesregierung in der aktuellen Energiekrise machen es für Deutschland aber noch schwerer, die ambitionierten Klimaziele zu erreichen. Mit unserem Antrag Carbon Capture and Storage (CCS) / Carbon Capture and Utilization (CCU) und Negativemissionen – Chancen für Klima, Industrie und Wohlstand fordern wir: CO2 Abscheidung und - Speicherungstechnologien (CCS) und perspektivisch auch Nutzungstechnologien (CCU) sind mit Nachdruck voranzubringen.
Wir verstehen sie als komplementäre Instrumente eines Innovationswettbewerbs. Sie ergänzen den für das Ziel der Klimaneutralität 2045 notwendigen und weiter zu beschleunigenden Ausbau der erneuerbaren Energien und energieeffizienter Produktionsprozesse, anstatt diese auszubremsen. Wir können uns den Luxus weiterer Entweder-oder-Debatten nicht mehr leisten. Die Ampel-Regierung ist jetzt gefordert, ihre angekündigte „Carbon Management Strategie" zügig vorzulegen. Eine wirkungsvolle CCS- und CCU- Strategie kann einen Schutzschirm für Klima, Industrie und Wohlstand bilden. Unser Antrag legt dafür 10 konkrete Punkte vor.

SICHERE DIGITALE IDENTITÄTEN

Digitale Identitäten sind der Schlüssel zur Digitalisierung Deutschlands. Mit unserem Antrag fordern wir die Einführung von sicheren digitalen Identitäten in Deutschland. Die Ampelregierung hat zwar die digitalen Identitäten als eines der Hebelprojekte in ihrer Digitalstrategie benannt, setzt diese aber nicht ausreichend um. Die Bundesregierung darf nicht wie im gesamten Jahr 2022 bei dem wichtigen Thema „digitale Identitäten" weiter untätig bleiben, sondern muss die in der vergangenen Legislaturperiode angestoßenen Projekte weiterentwickeln. Wir fordern daher die Bundesregierung unter anderem auf noch im ersten Quartal 2023 eine Strategie für digitale Identitäten zu formulieren sowie die Zuständigkeiten für das Thema digitale Identitäten innerhalb der Bundesregierung zu klären. Außerdem fordern wir das Einführen von einem Rechtsanspruch für Bürgerinnen und Bürger auf Authentifizierung mit staatlichen Stellen durch eine digitale Identität ab dem 1. Januar 2025.

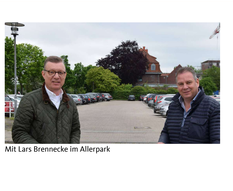
NATIONALE WASSERSTRATEGIE

Mit unserem Antrag für eine nationale Wasserstrategie stellen wir die Wichtigkeit der Ressource Wasser in all ihren Facetten dar. Mit unserer Initiative machen wir deutlich, dass die Umsetzung der umfangreichen Strategie der Bundesregierung und des damit verbundenen Aktionsprogramms lösungsorientiert, nachhaltig, kooperativ und unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips zu erfolgen hat. Der Antrag wird noch rechtzeitig vor dem Kabinettbeschluss in das Plenum eingebracht, um zentralistischen und ideologiegetriebenen Tendenzen des bisherigen Entwurfs der Nationalen Wasserstrategie entgegenzutreten. Gerade bei der öffentlichen Wasserversorgung müssen die regionalen Gegebenheiten im Sinne des Subsidiaritätsprinzips weiterhin ausschlaggebend sein – und eben nicht bundeseinheitliche Vorgaben.

WAHLKREIS AKTUELL

ALLERPARK VERDEN

Für die Modernisierung und den Ausbau des Allerparks war eine Förderung in Höhe von 1,1 Mio Euro geplant. Diese Woche wurde für den dritten Bauabschnitt des Allerparks die Förderung bestätigt, sodass der Bau weiter voranschreiten kann. Mit dieser Förderung kann das Gelände weiterhin modelliert werden und eine Retentionsfläche entstehen, die bei Hochwasser der Aller vor Schäden schützt. Außerdem sollen diverse Wiesen, Bäume und Elemente zum verweilen dazukommen. Durch den Rückbau von etwa 7500 Quadratmetern Parkplatz und Straßenraum kann wiederum der Alleruferpark um 150 Meter auf diese Flächen ausgedehnt werden. Damit bringt man die Bürgerinnen und Bürger näher an die Aller. Auch soll die Aller von der Innenstadt durch Stufen fußläufig erreichbar sein.



Mit Lars Brennecke im Allerpark

BÜRO BERLIN
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel.: 030 - 22 77 13 24
andreas.mattfeldt@bundestag.de | www.andreas-mattfeldt.de

CDU